

# Mit einer ungleicheren Verteilung in eine schlechtere Zukunft – Die Verteilungsentwicklung in 2002 und den Vorjahren

Claus Schäfer

Die Bundespolitik verteilt immer schneller immer mehr um – aber nur in eine Richtung zu Lasten von Arbeitslosen, Kranken, Rentnern, Arbeitnehmern. Und immer hartnäckiger klammert sie sich an den irrigen „fundamentalistischen“ Glauben, damit kurzfristig die Konjunktur und langfristig das Wachstum zu stärken. Doch sie bewirkt damit genau das Gegenteil und verschlimmert so die Ausgangsposition für eine nachhaltige Zukunft. Wie schon ihre Vorgängerinnen verschließen sich auch heute Bundesregierung – und Opposition – erneut den faktischen ökonomischen Mechanismen, wie sie sich in diesem Jahr wieder gerade aus kurzfristigen wie langfristigen Verteilungsinformationen ableiten lassen. Diese verlangen eine alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik.

## 1 Gesamtwirtschaftliche Verteilungsentwicklung

Wie in den WSI-Verteilungsberichten üblich, wird hier zunächst ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Einkommens-

lage der privaten Haushalte sowie der Unternehmen geworfen:<sup>1</sup>

Allein die in 2002 wieder verfestigte Struktur des privat verfügbaren Volkseinkommens verdeutlicht die ökonomische Bedeutung der Verteilung (Tabelle 2): Von einer im langfristigen Vergleich stark gesunkenen Nettolohnquote mit einem Niveau von 43,5 % in 2002 können keine

wirksamen Impulse für die Binnennachfrage ausgehen – erst recht nicht, wenn das mit der Nettolohnquote gleichzusetzende Kaufkraftpotenzial der Arbeitnehmer durch Angstsparen bzw. die Antizipation von zukünftigen sozialen Einschnitten, Selbsthalten, Privatisierungen sozialer Risiken beeinträchtigt wird. Die mittelfristig gestiegene Sozialleistungsquote von inzwischen 26,7 % in 2002 kann die Schwäche der Nettolohnquote nur wenig kompensieren. Denn mit Lohnersatzleistungen wie Renten und zuletzt verstärkt Arbeitslosenunterstützungen sind deutlich geringere Einkommensniveaus als bei vorangegangener Beschäftigung verknüpft. Auch die in 2002 entgegen dem langjährigen Trend im Vorjahresvergleich leicht verminderte Nettogewinnquote von 29,4 % wirkt nur bedingt ausgleichend. Denn mit dieser Einkommensart gehen aus generell

**Tabelle 1: Bruttolohnquote – Deutschland**

Jahr	Tatsächliche Brutto- lohnquote <sup>3)</sup>	Arbeitnehmerquote <sup>4)</sup>		Struktur- bereinigte Brutto- lohnquote <sup>5)</sup>
	%	%	Index <sup>6)</sup>	%
		– alte Bundesländer <sup>1)</sup> –		
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1970	67,3	83,4	100,0	67,3
1980	75,2	88,3	105,9	71,0
1990	69,8	89,6	107,4	65,0
1991	70,0	89,6	107,4	65,2
		– alte und neue Bundesländer <sup>2)</sup> –		
1991	72,5	90,7	100,0	72,5
1992	73,7	90,4	99,7	73,9
1993	74,7	90,1	99,3	75,2
1994	73,8	89,8	99,0	74,5
1995	73,3	89,7	98,9	74,1
1996	72,8	89,7	98,9	73,6
1997	71,8	89,5	98,7	72,7
1998	71,5	89,4	97,6	72,4
1999	72,0	89,6	98,8	72,9
2000 <sup>7)</sup>	72,9	89,7	98,9	73,7
2001 <sup>7)</sup>	72,7	89,5	98,7	73,7
2002	71,9	89,4	98,6	72,9
2003 1. Hj. <sup>7)</sup>	70,5	89,2	98,3	71,7

1) Angaben bis 1965 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). – 2) Angaben auf Basis des ESVG und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis. Stand: Sept. 2003. **Quelle:** Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand: Sept. 2003). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

1 Die früher in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) praktizierte Unterscheidung zwischen dem Sektor private Haushalte einerseits sowie dem der Unternehmen andererseits ist bekanntlich seit der Umstellung auf das europäische System der VGR (ESVG) nicht mehr trennscharf, weil das ESVG die Einzelunternehmen und freien Berufe den privaten Haushalten zurechnet, während zu den Unternehmen nur noch die Kapitalgesellschaften zählen.

Claus Schäfer, Dr., ist Referatsleiter für die Verteilungsanalyse von Lebenslagen im WSI in der Hans Böckler Stiftung.  
e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

**Tabelle 2: Nettolohnquote und andere Quoten – Deutschland<sup>1)2)</sup>  
Das privat verfügbare Einkommen nach der öffentlichen Umverteilung in %**

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (in Mrd. Euro (= 100 %))	Masseneinkommen					Gewinn- und Vermögenseinkommen					Korrekturfaktoren <sup>10)</sup>	nachrichtlich: Vermögenseinkommen (unsaldiert) <sup>11)</sup> , brutto		
		Bruttolöhne und -gehälter (ohne Arbeitgeberbeiträge)	Lohnsteuer	Sozialbeiträge (Sozialabgaben der Arbeitnehmer)	Nettolöhne und -gehälter (Netto-Lohn- und -Gehalts-summe) <sup>3)</sup>		Monetäre Sozialleistungen (Empfangene Übertragungen, saldiert) <sup>4)</sup>	Betriebsüberschuss/Selbständigeinkomm. (Entnommene Gewinne) <sup>5)</sup> brutto	Vermögenseinkommen (saldiert) <sup>6)</sup> , brutto	Steuern auf Verm.- u. Verm.- ein-kommen <sup>7)</sup>	Sozialbeiträge (Sozial-u.ä.) <sup>8)</sup>			Netto-Gewinn-u. Vermögenseinkommen <sup>9)</sup>	
					A <sup>12)</sup>	B <sup>13)</sup>								A <sup>12)</sup>	B <sup>13)</sup>
– alte Bundesländer – <sup>1)</sup>															
1960	96,1	66,2	4,2	6,2	55,8	43,7	20,9	28,7	3,0	6,3	1,0	24,4	19,1	1,1	3,0
1970	218,8	71,9	8,5	7,7	55,7	44,4	21,2	26,6	5,5	5,2	0,9	25,9	20,6	2,8	5,5
1980	491,0	73,9	11,7	9,5	52,7	43,8	26,2	22,5	7,6	4,6	1,2	24,3	20,2	3,2	7,6
1990	783,7	69,8	11,3	9,9	48,5	38,5	24,8	24,1	9,9	3,3	1,0	29,7	23,6	3,0	9,9
– alte und neue Bundesländer – <sup>2)</sup>															
1991	970,8	71,3	11,6	10,2	49,4	41,2	22,5	18,7	12,9	2,8	1,1	27,7	23,0	0,3	19,7
1992	1 039,2	70,8	12,4	10,5	49,2	41,3	23,4	19,0	11,9	2,6	1,1	27,1	22,7	0,3	18,9
1993	1 077,2	71,4	12,0	10,5	49,0	42,0	24,3	18,7	11,4	2,6	1,2	26,4	22,6	0,3	18,4
1994	1 107,1	70,6	12,2	10,9	47,6	40,4	24,6	19,3	11,9	2,4	1,3	27,6	23,5	0,3	19,4
1995	1 142,7	70,6	13,1	11,0	46,5	39,1	24,9	19,6	11,8	1,7	1,3	28,6	24,1	0,3	19,3
1996	1 171,9	69,6	13,4	11,1	45,1	38,2	26,1	20,2	11,1	1,5	1,4	28,5	24,2	0,4	18,7
1997	1 196,4	68,0	13,3	11,3	43,4	37,0	26,1	20,1	12,5	1,2	1,3	30,1	25,6	0,4	20,0
1998	1 227,3	67,6	13,2	11,2	43,2	36,8	26,0	19,6	13,8	1,7	1,3	30,4	25,9	0,4	21,3
1999	1 270,3	67,3	13,1	11,0	43,2	37,4	25,9	18,8	15,1	2,1	1,2	30,5	26,4	0,4	22,5
2000	1 310,4	67,5	13,1	10,8	43,6	37,9	25,8	18,1	15,9	2,7	1,2	30,2	26,2	0,4	23,4
2001	1 359,0	66,5	12,3	10,6	43,6	38,4	25,6	17,5	16,9	2,7	1,2	30,5	26,9	0,3	23,9
2002	1 365,3	66,7	12,5	10,7	43,5	37,8	26,7	17,8	15,1	2,3	1,2	29,4	25,5	0,4	22,4
2003 1. Hj.	691,8	62,0	11,8	10,5	39,7	36,1	27,0	–	–	–	–	32,8	29,8	0,4	–

1) Bis 1990: Angaben nach dem aufgegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). – 2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) im ESVG: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadenversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Im früheren dVGR: Entnommene Gewinne; im ESVG: Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen aller Personengesellschaften. – 6) Im ESVG: Empfangene Vermögenseinkommen (einschließlich Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften) abzüglich geleistete Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen auf Betriebskredite von Personengesellschaften und Hypothekenzinsen für den privaten Immobilienbau bzw. -kauf.) – aber vor Abzug von direkten Steuern auf Vermögenseinkommen. Im dVGR: unsaldierte Vermögenseinkommen – 7) Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer. – 8) Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen. – 9) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen (s. Fußnote 6), abzüglich: direkte Steuern auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Sozialbeiträge (s. Fußnote 7 und 8). – 10) Mit negativen Vorzeichen im dVGR: Konsumentenkreditzinsen und „Nicht zurechenbare geleistete laufende Übertragungen“; im ESVG dagegen mit positiven Vorzeichen: Weitere empfangene Transfers (z. B. Schadenversicherungsleistungen) abzüglich sonstiger geleisteter Transfers (z. B. Nettoprämien für Schadensversicherungen). – 11) Im Gegensatz zur Spalte „Vermögenseinkommen“ unter den „Gewinn- und Vermögenseinkommen“ werden hier die empfangenen Vermögenseinkommen unsaldiert ausgewiesen (s. auch Fußnote 6). – 12) A: Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. – 13) B: Anteil am Volkseinkommen, d.h. derselben Bezugsgröße wie für die Quoten in Tabelle 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Sept. 2003). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

strukturellen wie aus aktuell konjunkturellen Gründen hohe Sparneigungen bzw. geringe Konsumneigungen einher.

Die Quoten-Angaben für das erste Halbjahr 2003 machen zugleich deutlich, dass die baldige weitere Auszehrung der Nettolohnquote nicht unwahrscheinlich ist. Deren Niveau-Differenz zwischen dem ersten Halbjahr 2003 und dem ganzen Jahr 2002 in Höhe von fast vier Prozentpunkten des gesamten privat verfügbaren Volkseinkommens, immerhin über 50 Milliarden Euro, dürfte weitestgehend auf in der zweiten Jahreshälfte gezahlte Einkommenssonderzahlungen wie insbesondere Weihnachtsgeld zurückzuführen sein. Macht aber die begonnene Praxis einiger öffent-

licher und privater Arbeitgeber Schule, die Sonderzahlungen deutlich zu kürzen oder gar zu streichen, stehen weitere Kaufkraft- und Wachstumseinbußen an.

Die unmittelbare Verantwortung des Fiskus für die Quotenentwicklung des privat verfügbaren Volkseinkommens geht aus weiteren Spalten von *Tabelle 2* sowie aus *Tabelle 3* hervor. Trotz Lohnsteuerentlastungen und Maßnahmen zur „Stabilisierung“ der Sozialbeiträge seit 1998 steigen die entsprechenden Lasten der Lohneinkommen zuletzt wieder an und nähern sich damit erneut dem vorangegangenen Belastungstrend, der eigentlich von Rot-Grün gebrochen und rückgängig gemacht werden sollte. Bei den Steuerlasten auf Ge-

winn- und Vermögenseinkommen ist man dem letztgenannten Ziel zwar 1999 und 2000 spürbar nahe gekommen. Doch ab 2001 lässt der Zielerreichungsgrad auch hier bereits wieder deutlich nach.

Die Einkommenssituation der Unternehmen bzw. Kapitalgesellschaften im weitesten Sinn<sup>2</sup> ist für Konjunktur und Wachstum ebenfalls von eminenter Bedeutung. Im Gegensatz zu den privaten Haushalten ist bei ihnen jedoch aus mittelfristiger wie

<sup>2</sup> Das sind Kapitalgesellschaften im engeren Sinn wie AG und GmbH sowie zusätzlich Quasi-Kapitalgesellschaften wie OHG, KG u.ä.

**Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte – Deutschland –**

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögenseinkommen
	% <sup>1)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>3)</sup>	% <sup>4)</sup>
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
1991	16,3	14,3	7,3	2,8
1992	17,2	14,5	6,9	2,9
1993	16,8	14,6	6,9	3,3
1994	17,2	15,4	6,1	3,3
1995	18,6	15,6	4,5	3,2
1996	19,3	15,9	3,7	3,6
1997	19,5	16,6	3,1	3,2
1998	19,5	16,6	4,1	3,1
1999	19,5	16,3	6,4	3,6
2000	19,3	16,0	8,1	3,5
2001	18,5	16,0	7,9	3,5
2002	18,7	16,1	7,0	3,6
2003 1. Hj.	19,1	16,9	–	–

1) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 4. – 2) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 5. – 3) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 8 plus 14 (d. h. unsaldierte Vermögenseinkommen) und Spalte 10. – 4) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 8 plus 14 und Spalte 11. – 5) Aus Tabelle 2, Spalte 8 plus Spalte 14. – 6) Ab 1999 EURO.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Sept. 2003). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

aus kurzfristiger Sicht kein restriktives Element zu erkennen. Im Gegenteil steigen zuletzt die Brutto-Gewinne noch kräftig mit je 5,0 % Zuwachs in 2001 und 2002 (Tabelle 4). Über die Netto-Gewinne fehlen – wie schon mehrfach erwähnt – im ESVG die entsprechenden Angaben, weil dort nur die direkten Steuern der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn ausgewiesen werden. Die aber sind laut Tabelle 4 in 2001 und 2002 nicht zuletzt wegen der Körperschaftsteuerreform auf extrem niedrigem Niveau. Da gleichzeitig bei den privaten Haushalten die Belastung durch direkte Steuern auf Gewinn- und Kapitaleinkommen, die die Steuern der Personengesellschaften einschließen, laut Tabelle 3 nachgelassen hat, wird die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn ebenfalls gesunken sein.

Tabelle 5 jedoch zeigt erneut, wie relativ die Bedeutung der Brutto- und Netto-Gewinne von produzierenden Kapitalgesellschaften für deren ökonomische Lage insgesamt ist.<sup>3</sup> Wichtiger sind Abschreibungen und andere Vorgänge der betrieblichen Liquiditätsbeschaffung sowie die betriebliche Verwendung dieser Liquidität – in der Nomenklatur der darüber berichtenden Bundesbank die Finanzierung und Vermögensbildung von Produktionsunternehmen. Immerhin sind in 2002 wieder reichlich Unternehmensgewinne einbehalten

worden, nachdem vorher nicht zuletzt wegen der Körperschaftsteuerreform zum Zweck der Steuerersparnis entstandene Gewinne oder aufgelöste Rücklagen massiv ausgeschüttet wurden. Ebenfalls haben im Rahmen der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten die wie immer dominanten Abschreibungen erneut zugenommen, während die Kapitalbeschaffung durch Aktienausgabe wegen des eingebrochenen Aktienmarkts deutlich weniger genutzt wurde als in den Vorjahren. Die Unergiebigkeit der Börsen aber war angesichts der konjunkturellen Abschwächung ohnehin kein Problem für die Produktionsunternehmen. Aus dem gleichen Grund konnten sie auch ihre Kreditaufnahme im Vorjahresvergleich drastisch zurücknehmen, von rund 100 Milliarden Euro in 2001 auf nur noch gut ein Viertel dieses Niveaus in 2002. Trotzdem wurden 2002 insgesamt liquide Mittel von über 270 Milliarden Euro gesammelt. Der Konjunktur entsprechend ging die Verwendung der gewonnenen Liquidität zugunsten von Brutto- und Netto-Sachanlagen deutlich zurück. Die überschüssige Liquidität von rund 90 Milliarden Euro floss wie vor 2002 in die Geldvermögensbildung – und darin vor allem in Direktinvestitionen bzw. Käufe anderer Unternehmen oder Unternehmensteile in einem dem Vorjahr vergleichbaren Umfang. Dahingestellt bleibt, ob diese Engage-

ments als strategische Investments angesehen werden können oder als eine Form des Geldparkens für bessere konjunkturelle Zeiten oder sogar als Verlegenheits-Geldinvestition. Denn viele alternative Geldanlage-Möglichkeiten versprachen schon in 2002 geringe Realzinsen und/oder hohe reale Risiken – oder waren wie Staatsanleihen angesichts restriktiver Verschuldungspolitik der öffentlichen Haushalte nicht in ausreichendem Volumen verfügbar.

Das Fazit zu den Produktionsunternehmen lautet wie so häufig in der Vergangenheit: Ihre laufende Liquiditätslage und ihre Liquiditätsreserven sind so gut, dass sie wesentlich mehr in Sachanlagen investieren könnten. Sie unterlassen das aber, obwohl die Unternehmen national bei Löhnen und sonstigen Kosten relativ und teilweise absolut entlastet worden sind und auch im internationalen Vergleich durch relativ sinkende Lohnstückkosten in einer komfortablen Wettbewerbssituation stehen. Also investieren die Produktionsunternehmen im Durchschnitt nicht zusätzlich in Sachanlagen, weil die Dynamik der Binnennachfrage zu gering ist (so auch der Tenor bei Horn u.a. 2003).

Tabellen 6 und 7 unterstreichen diese Aussagen zur gesamtwirtschaftlichen Verteilung und verteilungsbedingten Nachfragesituation noch einmal durch einen Blick auf die nach wie vor gegebene ökonomische Spaltung der Gesamtwirtschaft in alte und neue Bundesländer, die leider in den makroökonomischen Daten zu Deutschland trotz ihrer Folgen immer weniger zum Tragen kommt. Tabelle 6 zeigt zunächst, dass die durchgesetzten Tariferhöhungen nur noch wenig mit der durchschnittlichen effektiven Lohnzunahme zu tun haben. In 2002 z.B. fiel letztere in Westdeutschland nur halb so hoch aus wie erstere. Und sie belegt weiter, dass von den effektiven

<sup>3</sup> In Tabelle 5 sind die Kapitalgesellschaften ohne die Wohnungswirtschaft und ohne Banken und Versicherungen enthalten. Tabelle 5 wurde weitgehend von der letzten Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank (2003) zu den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströmen übernommen, weil diese inzwischen auch von ihr entsprechend dem System der ESVG sowie in Euro bis 1991 zurückgerechnet sind. Abweichend von der Bundesbank werden im WSI-Verteilungsbericht die Ausgabe von Aktien und die Rücklagenbildung für Pensionsverpflichtungen zur unternehmerischen Eigenfinanzierung gezählt.

nominalen Erhöhungen nach Abzug der Preissteigerungen real nichts oder kaum etwas übrig bleibt: zum Beispiel 2002 im Westen 0,1 %, im Osten 0,7 %.<sup>4</sup> Dass die Lohnsituation im Osten aber generell unbefriedigend bleibt, demonstriert erneut *Tabelle 7*. Die Lohnlücke zum Westen hat sich zwar in 2002 im Gegensatz zu den Vorjahren bei den Arbeitnehmern aller ostdeutschen Industrien nicht wieder vergrößert. Aber sie bleibt mit 28,5 % des Westniveaus ohne Sonderzahlungen und 29,5 % des Westniveaus einschließlich Einkommenssonderzahlungen für einen gemeinsamen Währungsraum beachtlich. Der grundgesetzliche Anspruch einheitlicher Lebensbedingungen bleibt nach wie vor ebenso unerfüllt wie das politische Versprechen, eine ostdeutsche Niedriglohninsel werde Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern erblühen lassen. Übrigens ist faktisch die eben erwähnte ostdeutsche Lohnlücke aus verschiedenen Gründen für Ostdeutschland bei Einschluss aller Dienstleistungsbranchen noch größer – wie in früheren WSI-Verteilungsbereichen bereits mehrfach erwähnt.

## 2

### Individuelle Haushaltseinkommen

Wie immer wieder zu betonen ist: Die im ersten Abschnitt dieses Berichts vorgestellten makroökonomischen Daten können nur allgemeine Informationen zur Verteilungssituation liefern. Deshalb wird hier auch aktuell wieder versucht, die Transparenz der Verteilung durch mikroökonomische Daten zu erhöhen. Zu *individuellen Lohnneinkommen* ist in dieser Zeitschrift vor kurzem erst ein Beitrag des Autors mit Fokus zu Niedriglöhnen erschienen (Schäfer 2003a). Auf diese Veröffentlichung, die Teile eines WSI-Gutachtens im Auftrag des NRW-Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit zusammenfasst, soll hier lediglich verwiesen werden – zumal das Gutachten in der Langfassung inzwischen erschienen ist (Bispinck/Kirsch/Schäfer 2003).<sup>5</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich deshalb auf neue Informationen zu *individuellen Haushaltseinkommen*.

Sie werden von einer 2002 erstmals durchgeführten Sondererhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu Einkommensstarken Haushal-

**Tabelle 4: Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Kapitalgesellschaften – Deutschland –**

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Netto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern <sup>3)</sup>	Durchschnittliche Steuerbelastung
	Mrd. DM/€ <sup>4)</sup>	Veränderung (%)	Mrd. DM/€ <sup>4)</sup>	Veränderung (%)	Mrd. DM/€ <sup>4)</sup>	(%)
– alte Bundesländer <sup>1)</sup> –						
1980	77,27	– 1,1	51,32	1,2	25,29	33,6
1981	85,86	11,1	60,61	18,1	25,25	29,4
1982	91,29	6,3	64,57	6,5	26,72	29,3
1983	112,13	22,8	82,52	27,8	29,61	26,4
1984	125,30	11,7	90,85	10,1	34,45	27,5
1985	133,01	6,2	93,79	3,2	39,22	29,5
1986	142,87	7,4	104,37	11,3	38,80	26,9
1987	143,21	0,2	108,71	4,2	34,50	24,1
1988	153,74	7,4	116,15	6,8	37,59	24,5
1989	163,82	6,6	120,54	3,8	43,28	26,4
1990	183,04	11,7	144,36	19,8	38,68	21,1
1991	202,72	10,8	161,14	11,6	41,58	20,5
1992	213,30	5,2	171,52	6,4	41,78	19,6
1993	220,49	3,4	180,05	5,0	40,44	18,3
– alte und neue Bundesländer <sup>2)</sup> –						
1991	362,30	–	x	x	42,77	x
1992	335,45	– 7,4	x	x	43,40	x
1993	324,91	– 3,1	x	x	44,31	x
1994	397,58	+ 22,4	x	x	38,21	x
1995	419,46	+ 5,5	x	x	36,38	x
1996	423,53	+ 1,0	x	x	47,60	x
1997	475,06	+ 12,2	x	x	48,13	x
1998	548,31	+ 15,4	x	x	52,18	x
1999	272,33	– 2,9	x	x	30,22	x
2000	285,11	+ 4,7	x	x	34,59	x
2001	299,31	+ 5,0	x	x	12,25	x
2002	314,42	+ 5,0	x	x	12,49	x

1) Für die alten Bundesländer und darin die „Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ (Kapitalgesellschaften im engeren Sinn) nach dem aufgegebenen deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Angaben des Statistischen Bundesamtes für Gewinne und Steuern nur bis 1993 verfügbar. – 2) Gewinnangaben: für Deutschland und darin Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn (einschließlich Quasi-Kapitalgesellschaften wie oHG, KG u. ä.) nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und den Datenrevisionen zurück bis 1991; Steuerangaben: für Deutschland, aber darin nur für Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. Fußnote 1). – 3) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern einschließlich Vermögensteuer der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. o. Fußnote 1). – 4) Ab 1999 EURO.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Sept. 2003).  
– Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

ten im Rahmen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) geliefert; die erste dazu erfolgte Veröffentlichung geht noch auf einen Auftrag der Bundesregierung zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht auf Bundesebene zurück (Schupp u.a. 2003).<sup>6</sup> Entsprechende SOEP-Sondererhebungen sollten in Zukunft fortgesetzt werden. Mit Hilfe dieser SOEP-Teilstichprobe G (Einkommensstarke Haushalte) wurden 1.224 Haushalte mit einem Netto-Monatseinkommen ab 3.835 Euro (7.500 DM) zu verschiedenen Lebenslagenaspekten befragt. Die entsprechenden Ergebnisse erlauben, die bisher im SOEP abbildbare Einkommenspyramide nach oben aufzustocken und damit Einkommensbereiche darzustellen, wie sie bisher allein von der amtlichen Haushaltsbefragung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) in ausreichender Fallzahl transparent wur-

den. Wie die EVS dürfte aber auch das SOEP wegen der Freiwilligkeit der Befragung die ganz hohen Einkommen immer noch nicht erfassen können.

4 Zusätzlich ist der rechnerische Ausweis des realen Anstiegs überhöht, weil die Messung der Preissteigerung nicht mehr erfolgt mit dem vom Statistischen Bundesamt eingestellten Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen in West und Ost, sondern mit dem in den letzten Jahren etwas günstiger ausfallenden Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

5 Unter [www.mwa.nrw.de](http://www.mwa.nrw.de) Menüpunkt Archiv/Download/Broschüren kann das Gutachten als pdf-Datei ebenso herunter geladen werden wie zwei dazu gehörige WSI-Sondergutachten von Peter/Kempen/Zachert (2003) sowie Burgess/Usher (2003).

6 Die darin veröffentlichten und hier teilweise zitierten Ergebnisse beruhen laut DIW auf einer vorläufigen Hochrechnung.

**Tabelle 5: Vermögensbildung und Finanzierung der produzierenden Kapitalgesellschaften in Mrd. Euro – Deutschland –**

	1991	1993	1995	1997	1999	2000	2001	2002
<b>Vermögensbildung</b>								
Sachinvestitionen	204,3	182,4	204,8	204,5	222,1	240,2	214,9	200,3
– Bruttoanlageinvestitionen	197,6	192,4	201,6	204,8	221,6	235,7	223,7	207,1
– Vorratsveränderungen	6,7	– 9,9	3,2	– 0,3	0,6	4,5	– 8,8	– 6,9
– Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,3	0,7	0,6	0,5	0,6	344	0,4	0,5
Geldvermögensbildung	71,3	55,5	45,4	47,8	155,2	208,1	140,1	91,1
– bei Banken <sup>1)</sup>	8,2	24,0	10,6	– 15,7	– 4,9	5,0	33,8	– 14,4
kurzfristig	8,9	26,6	5,2	– 17,6	– 7,7	6,2	33,9	– 13,4
längerfristig	– 0,8	– 2,6	5,4	1,9	2,8	– 1,2	– 0,1	– 1,0
– in (festverzinsl.) Wertpapieren <sup>2)</sup>	16,4	4,5	– 3,9	3,9	44,7	57,6	29,4	13,7
– in Beteiligungen <sup>3)</sup>	19,3	3,2	18,6	23,6	92,0	121,5	33,0	66,7
im Inland	0,7	– 8,1	– 6,9	– 2,2	15,9	79,3	– 27,0	5,8
im Ausland	18,6	11,2	25,5	25,7	76,2	42,2	60,0	60,9
– Kredite <sup>4)</sup>	26,0	22,2	17,5	33,6	22,1	23,6	42,2	22,7
an das Inland <sup>5)</sup>	20,4	19,7	6,1	13,8	– 16,7	– 29,5	32,0	51,7
an das Ausland	5,7	2,5	11,5	19,8	38,8	53,1	10,2	– 28,9
Kurzfristig	4,7	2,2	9,4	16,5	31,4	42,5	4,2	– 31,6
Längerfristig	1,0	0,3	2,1	3,3	7,4	10,6	6,0	2,7
– bei Versicherungen	1,4	1,6	2,6	2,4	1,2	0,4	1,7	2,4
<b>Vermögensbildung insges.</b>	<b>275,9</b>	<b>238,6</b>	<b>250,7</b>	<b>252,8</b>	<b>377,8</b>	<b>482,8</b>	<b>355,4</b>	<b>291,9</b>
<b>Finanzierung</b>								
Selbstfinanzierung								
– Eigenfinanzierung i.e.S.	141,2	140,7	181,9	180,6	156,4	154,1	167,5	209,0
nicht entnommene Gewinne <sup>5)6)</sup>	17,3	– 3,7	28,5	20,9	– 10,7	– 19,3	– 12,1	26,0
Abschreibungen	123,9	144,4	153,4	159,7	167,1	173,4	179,6	183,1
Nachrichtlich:								
Eigenfinanzierungsquote i.e.S. <sup>5)7)</sup>	51,2	59,0	72,5	71,4	41,4	31,9	47,1	71,6
– Eigenfinanzierung i.w.S.								
in Form von Beteiligungen <sup>3)</sup>	16,5	14,2	16,5	16,7	43,5	138,9	74,0	27,6
im Inland	14,2	15,8	14,0	12,7	25,2	23,0	48,6	7,8
im Ausland	2,3	– 1,7	2,5	4,0	18,4	115,9	25,4	19,8
Bildung v. Pensionsrückstellungen	7,2	4,2	7,1	3,6	6,3	8,2	8,2	9,2
Fremdfinanzierung	105,4	96,6	57,9	58,8	154,7	216,8	102,6	27,7
– bei Banken <sup>1)</sup>	90,1	37,0	57,9	44,0	71,2	46,6	34,7	– 23,3
kurzfristig	34,3	– 10,5	19,0	7,4	10,2	13,2	1,4	– 26,9
im Inland <sup>5)</sup>	27,7	– 7,9	16,5	4,7	– 5,3	19,0	6,3	– 23,8
im Ausland	6,6	– 2,7	2,5	2,7	15,5	– 5,7	– 4,8	– 3,1
längerfristig	55,8	47,5	38,9	36,6	61,0	33,3	33,2	3,7
im Inland <sup>5)</sup>	55,5	45,3	39,1	36,1	58,2	31,9	21,5	1,6
im Ausland	0,3	2,2	– 0,2	0,5	2,7	1,4	11,8	2,1
– bei sonstigen Kreditgebern <sup>4)</sup>	11,6	12,7	3,3	17,8	82,1	160,6	58,2	44,9
im Inland	0,1	8,3	– 8,0	1,4	15,0	3,4	9,6	30,3
kurzfristig	0,1	0,6	– 0,2	0,3	1,7	5,9	2,0	6,8
längerfristig	0,0	7,7	– 7,8	1,1	13,4	– 2,6	7,7	23,5
im Ausland	11,4	4,4	11,3	16,4	67,1	157,2	48,5	14,6
kurzfristig	7,4	0,8	6,0	12,5	39,7	82,5	6,5	– 17,0
längerfristig	4,0	3,6	5,2	3,9	27,4	74,7	42,0	31,6
– am Wertpapiermarkt <sup>5)8)</sup>	3,8	46,9	– 3,3	– 3,0	1,3	9,6	9,8	6,0
<b>Finanzierung insgesamt</b>	<b>270,4</b>	<b>255,7</b>	<b>263,4</b>	<b>259,6</b>	<b>360,9</b>	<b>518,0</b>	<b>352,4</b>	<b>273,6</b>
Statistische Differenz <sup>9)</sup>	5,6	– 17,1	– 12,7	– 6,8	17,0	– 35,2	3,0	18,3

1) Im In- und Ausland. – 2) Geldmarktpapiere, Rentenwerte (einschl. Finanzderivate) und Investmentzertifikate. – 3) Aktien und sonstige Beteiligungen. – 4) Einschl. sonstige Forderungen bzw. sonstige Verbindlichkeiten. – 5) 1995 nach Ausschaltung der Transaktionen, die mit der Übertragung der Treuhandschulden auf den Erblastentilgungsfonds im Zusammenhang stehen. – 6) Einschl. empfangene Vermögensübertragungen (netto). – 7) Eigenfinanzierung i.e.S. – in % der gesamten Vermögensbildung. – 8) Durch Absatz von Geldmarktpapieren und Rentenwerten. – 9) Entspricht dem Restposten im Finanzierungskonto der übrigen Welt auf Grund der statistisch nicht aufgliederbaren Vorgänge im Auslandszahlungsverkehr.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2003). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

Diese vermutete Untererfassung stützt sich auf Indizien anderer Informationsquellen. Zwar sind in der SOEP-Stichprobe G laut *Tabelle 8* auch einige Haushalte mit Netto-Monatseinkommen oberhalb von 17.895 Euro bzw. 35.000 DM enthalten (eine Angabe der absoluten SOEP-Fallzahlen

in den einzelnen Einkommensgrößenklassen gibt das DIW in seiner Veröffentlichung nicht bekannt). Das SOEP reicht also etwas über den Einkommensschwellenwert hinaus, an dem die Einkommensinformationen der EVS bisher mangels Auskunftsbereitschaft der Befragten bzw.

mangels ausreichender Fallzahlen abgeschnitten wurden. Die damit von der EVS wahrscheinlich nicht erfassten Haushalte mit ganz hohem Netto-Einkommen wurden auf Basis einer Auswertung der Einkommensteuerstatistik 1995 (Merz 2003) bisher auf 37.000 Haushalte veranschlagt.

**Tabelle 6: Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen<sup>1)</sup> – Deutschland, West- und Ostdeutschland –**

Jahr	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland					
	Bruttolöhne und -gehälter		Lohnsteuer	Sozialabgaben	Nettolöhne und -gehälter		Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung <sup>4)</sup>	Tarifierhöhung	Bruttolöhne und -gehälter		Preissteigerung <sup>4)</sup>	Tarifierhöhung
	DM/€ <sup>5)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>3)</sup>	% <sup>3)</sup>	DM/€ <sup>5)</sup>	% <sup>2)</sup>	DM/€ <sup>5)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>2)</sup>	DM/€ <sup>5)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>2)</sup>	% <sup>2)</sup>
1997	3 983	+ 0,3	19,5	16,6	2.543	+ 0,2	4 151	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	3 144	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7
1998	4 023	+ 1,0	19,5	16,6	2 573	+ 1,2	4 190	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,7	3 181	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,5
1999	2 092	+ 1,4	19,5	16,3	1 343	+ 1,8	2 173	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,9	1 668	+ 2,6	+ 0,4	+ 3,4
2000	2 125	+ 1,6	19,3	16,1	1 374	+ 2,3	2 206	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,4	1 700	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,3
2001	2 166	+ 1,9	18,5	16,0	1 420	+ 3,3	2 247	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	1 733 <sup>7)</sup>	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3
2002	2 198	+ 1,5	18,7	16,1	1 433	+ 0,9	2 277 <sup>6)</sup>	+ 1,4 <sup>6)</sup>	+ 1,5	+ 2,6 <sup>7)</sup>	1 762	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,9
2003 1. Hj.	2 115	+ 1,8	19,1	16,9	1 355	+ 0,8	- <sup>6)</sup>	- <sup>6)</sup>	+ 1,1	+ 2,5 <sup>8)</sup>	- <sup>6)</sup>	- <sup>6)</sup>	+ 0,7	+ 3,3 <sup>8)</sup>

1) Pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept). Für Deutschland Rechenstand Sept. 2002 (insbesondere einschließlich erhöhter Zahl der geringfügig Beschäftigten). Für West und Ost Rechenstand Febr. 2002 (inszwischen auch einschließlich erhöhter Zahl der geringfügig Beschäftigten). Westdeutschland einschließlich Ostberlin. Ostdeutschland ohne Ostberlin. – 2) Veränderung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Tarifierhöhungen sind Angaben des WSI-Tarifarchivs. – 3) Anteil der Lohnsteuern bzw. der Sozialabgaben an den durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern. 4) Bis 2000: Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen in Westdeutschland bzw. Ostdeutschland. Ab 2001: Verbraucherpreisindex nach Bundesländern; West- und Ostdeutschland ohne Berlin. – 5) Ab 1999 EURO. – 6) Die Steigerungsraten des 1. Halbjahres werden vom VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter erst Ende des Jahres veröffentlicht. – 7) Ab 2001 West- und Ostdeutschland ohne Berlin. – 8) Die Tarifierhöhung im 1. Halbjahr entspricht erfahrungsgemäß weitgehend der Veränderung auf Jahresbasis, da die meisten Tarifverträge im 1. Halbjahr abgeschlossen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 17 und 18). – VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter. – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

Weit darüber hinaus weist jedoch inzwischen der Mikrozensus, der nicht nur die bei weitem größte Haushaltsbefragung ist, sondern die Befragten auch amtlich zur Antwort verpflichtet. Dort wurde in der Erhebung 2001 erstmals der abgefragte obere Einkommensbereich ausgeweitet mit dem Ergebnis, dass wahrscheinlich 170.000 Haushalte in Deutschland ein Netto-Monatseinkommen oberhalb der Einkommensschwelle von 17.895 Euro beziehen. Diese Diskrepanz zwischen Angaben der Einkommensteuerstatistik und dem Mikrozensus deutet u.a. darauf hin, dass das in ersterer als Ausgangs-Information enthaltene zu versteuernde Einkommen wahrscheinlich gerade in oberen Einkommensregionen ein schlechter Indikator für ein ökonomisches Brutto- oder Nettoeinkommen ist. Bemerkenswert ist auch die Mikrozensus-Information, dass fast die Hälfte dieser Haushalte ihr hohes Einkommen nicht überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielt, sondern in Form von Zinsen und Ähnlichem aus Vermögen. Mit der gegebenen Untererfassung ganz hoher Einkommen ist also auch eine eher noch stärkere Untererfassung von Vermögen verknüpft.<sup>7</sup>

Trotzdem kann das SOEP neue Einblicke zu hohen Einkommen und damit verbundenen Haushaltsmerkmalen liefern. So stellen die Haushalte mit einem Netto-Monatseinkommen ab 3.835 Euro im Jahr 2002 hochgerechnet 7,3 % aller privaten Haushalte in Deutschland und darin 9,3 % aller Personen in Deutschland ab 16 Jahren. *Tabelle 8* differenziert diese Einkommensstarken Haushalte und die entsprechenden Personen nach Einkommensgrößenklassen und signalisiert damit eine auch innerhalb

dieser Gruppe starke Einkommensspreizung. Eine Verteilung der von den jeweiligen Einkommensklassen gehaltenen Einkommensvolumina würde die Spreizung innerhalb der einkommensstarken Haushalte wie innerhalb aller Haushalte besonders plastisch machen. Eine solche Verteilungsberechnung nimmt das DIW-Papier nicht vor.<sup>8</sup>

Aber das DIW veröffentlicht eine Verteilungsrechnung der im ganzen SOEP einschließlich der Teilstichprobe G erfassten Vermögensvolumina, die erstmals als individuelle Vermögenswerte der in den einzelnen Haushalten befragten Personen erhoben wurden und deshalb auf der Ebene des einzelnen Haushalts kumulierbar sowie für die Gesamtwirtschaft hochrechenbar sind. Das für Deutschland vorläufig vom DIW hochgerechnete Gesamtvolumen der im SOEP erfassten Vermögenswerte privater Haushalte wird für 2002 auf 5,42 Billionen Euro beziffert und ist damit etwas höher als die von der EVS für 1998 belegbare Vermögenssumme von 4,57 Billionen Euro. Die Differenz dürfte weitestgehend auf die seit 1998 eingetretenen Wertsteigerungen der verschiedenen Vermögensarten zurückzuführen sein, aber auch auf die im SOEP im Gegensatz zur EVS erfragten Vermögensarten privates Betriebsvermögen und Sachvermögen (z.B. Schmuck, Bilder, sonstige Kunstgegenstände; ohne Kraftfahrzeuge). Wie bei den Einkommen ist auch hier wie gesagt eine wahrscheinliche Untererfassung zu bedenken, so dass die SOEP-Verteilungsergebnisse wie die der EVS tendenziell nur die Untergrenze von Ungleichheit angeben können.

Die Verteilung der SOEP-Vermögenswerte auf die unterschiedlichen Haushalte und Einkommensgruppen kann als ein starker Indikator auch für die Ungleichheit der damit verknüpften Einkommen gelten, und zwar der aktuellen wie der in der Vergangenheit vorausgegangenen Einkommen. Wegen begrenzter Fallzahlen weist das DIW die Vermögensverteilung nur für drei Einkommensklassen und die dahinter stehenden Haushalte aus: Vermögen von Haushalten mit Netto-Monatseinkommen unter 3.835 Euro (7.500 DM), zwischen 3.835 und bis unter 5.113 Euro (10.000 DM) sowie ab 5.113 Euro. Zugleich lassen sich für diese drei Einkommensklassen mittels der SOEP-Ergebnisse auch Verbindungen zwischen der Einkommens- und Vermögenssphäre aufzeigen, weil Informationen über die Vermögensbildung durch Sparen aus dem laufenden Einkommen ebenso geliefert werden wie über Einkommensquellen aus Vermögenserträgen.

Danach sind – wie zu erwarten war – Vermögensbestände, Vermögensbildungsfähigkeit und Vermögenserträge sehr ungleich verteilt: Die unteren 93,7 % der privaten Haushalte mit Netto-Monatseinkommen unter 3.835 Euro nennen 63 %

<sup>7</sup> Den Hinweis auf die Mikrozensus-Information zu Netto-Monatseinkommen oberhalb 17.895 Euro verdankt der Autor Dr. Irene Becker/Universität Frankfurt am Main, die dazu 2003 beim Statistischen Bundesamt eine Sonderauswertung des Mikrozensus 2001 hat durchführen lassen.

<sup>8</sup> Eine solche Berechnung setzt die Generierung von Jahreseinkommen aus dem abgefragten Monatseinkommen sowie schwierige Hochrechnungen voraus.

**Tabelle 7: Entwicklung der effektiven Arbeitseinkommen von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel<sup>1)</sup>, Kreditinstituten<sup>1)</sup>, Versicherungsgewerbe<sup>1)</sup> – Ergebnisse der Verdienststatistik in DM bzw. EURO (ab 2000)/Monat und %<sup>2)</sup> –**

Wirtschaftsbereich Geschlecht	1991		1993		1996		1998		2001		2002			
	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>	JD <sup>6)</sup>
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	<b>Arbeiter</b>													
Industrie <sup>3)</sup>	3 672	50,3	3 952	70,8	4 330	75,4	4 488	75,7	2 439	73,6	2 480	73,9	2 741	72,6
– Männer	3 867	49,7	4 140	59,8	4 519	74,4	4 674	74,9	2 530	73,6	2 568	74,1		
– Frauen	2 737	54,1	2 946	72,0	3 268	79,6	3 403	81,2	1 868	77,0	1 903	77,8		
darunter: Hoch- und Tiefbau <sup>4)</sup>	3 802	63,4	4 175	76,0	4 436	76,4	4 468	75,8	2 388	74,2	2 411	74,2	2 533	73,5
	<b>Angestellte</b>													
Industrie <sup>3)</sup> sowie Handel <sup>5)</sup> , Kredit- und Versicherungs- gewerbe	4 651	44,8	5 102	65,1	5 481	72,8	5 721	74,2	3 175	76,2	3 285	73,5	3 728	72,6
Industrie <sup>3)</sup>	5 278	41,6	5 774	60,0	6 357	72,8	6 596	74,5	3 601	74,0	3 716	74,2	4 163	73,1
– Männer	5 788	42,1	6 309	61,7	6 920	75,0	7 142	76,8	3 896	77,0	4 015	77,3	4 491	76,1
– Frauen	3 884	49,0	4 292	68,4	4 784	81,0	5 028	81,9	2 777	78,9	2 873	78,8	3 194	77,9
darunter: Hoch- und Tiefbau <sup>4)</sup>	5 263	54,2	5 754	70,3	6 225	77,6	6 391	77,2	3 416	73,7	3 522	72,4	3 782	71,7
Handel <sup>5)</sup> , Kredit- u. Kreditversiche- rungsgewerbe	3 892	46,7	4 398	68,2	4 666	73,6	4 892	74,6	2 744	76,1	2 876	74,2	3 293	73,4
– Männer	4 548	44,5	5 120	67,2	5 307	71,6	5 506	73,3	3 089	73,7	3 231	71,5	3 719	71,0
– Frauen	3 220	55,2	3 647	79,0	3 973	81,4	4 184	83,6	2 354	83,5	2 417	82,5	2 732	82,1
	<b>Arbeiter und Angestellte zusammen</b>													
Industrie <sup>4)</sup>	4 168	47,1	4 550	65,7	5 035	72,5	5 236	73,2	2 843	71,3	2 920	71,5	3 258	70,5
darunter: Hoch- und Tiefbau <sup>4)</sup>	4 045	61,8	4 438	74,4	4 757	76,1	4 841	75,5	2 583	73,7	2 624	73,2	2 800	72,7

1) Nur Angestellte. – 2) Ostverdienste in % der Westverdienste. – 3) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, letzterer mit Handwerk; ab 1996 bezeichnet mit „Produzierendes Gewerbe“. – 4) Mit Handwerk, ab 1996 ohne Handwerk. – 5) Ab 1996 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 6) Jahresdurchschnitt. – 7) Für 2002 nachrichtlich: einschließlich Sonderzahlungen, vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler  
Stiftung

des Netto-Gesamtvermögens ihr Eigen, die oberen 7,3 % der Haushalte mit Netto-Monatseinkommen ab 3.835 Euro dagegen 37 %. Unter Letzteren besitzen allein die 2,7 % der privaten Haushalte mit Netto-Monatseinkommen ab 5.113 Euro (10.000 DM) 22 % des Netto-Gesamtvermögens nach Abzug von vermögensspezifischen Schulden wie Hypotheken-Restschulden u.ä.. Noch höher ist der Anteil dieser Spitzenverdiener am Wertvolumen einzelner Vermögensarten wie beispielsweise: Selbstgenutzte Immobilien (24,9 %), vermietete Immobilien (29,6 %), Betriebsvermögen (28,7 %), Sachvermögen (27,0 %). In absoluten Vermögenswerten pro Haushalt werden die Unterschiede innerhalb der Vermögenshierarchie noch plastischer. Die Spitzenverdiener-Haushalte mit einem Netto-Monatseinkommen ab 5.113 Euro (10.000 DM) haben 2002 im Mittel ein Netto-Vermögen von rund 964.000 Euro, die unteren Verdiener-Haushalte mit einem Netto-Monatseinkommen unter 3.835 Euro (7.500 DM) dagegen lediglich von 81.000 Euro.

Stellt man neben dem arithmetischen Mittelwert zusätzlich auf den Medianwert

ab, wird auch die Vermögensspreizung innerhalb der jeweiligen Haushaltsgruppen beleuchtet. Der Medianwert der Spitzenverdiener-Haushalte beträgt beim Nettovermögen nur 375.000 Euro, d.h. er besagt, dass die eine Hälfte der Spitzenverdiener-Haushalte mit ihrem jeweiligen Nettovermögen mehr oder weniger weit unterhalb von 375.000 Euro liegt. Der Median bringt gleichzeitig zum Ausdruck, dass die andere Hälfte der Spitzenverdiener-Haushalte einen Vermögenswert von mehr als 375.000 Euro aufweist. Darunter aber müssen etliche Haushalte mit weit höheren Nettovermögenswerten als 375.000 Euro vorhanden sein, damit der arithmetische Mittelwert auf das Niveau von 964.000 Euro kommt. Noch wesentlich größer ist die gruppeninterne Vermögensspreizung innerhalb der unteren Verdiener-Haushalte mit Nettomonatseinkommen bis 3.835 Euro. Hier beträgt der Medianwert 7.000 Euro, d.h. die Hälfte dieser Verdienergruppe erreicht mit ihrem gesamten Nettovermögen maximal einen Betrag von 7.000 Euro. Dagegen beläuft sich der Mittelwert des Nettovermögens in der unteren Verdienergruppe auf rund 81.000 Euro

bzw. auf mehr als das Zehnfache des Medians, weil in der besseren oberen Hälfte dieser Verdienergruppe etliche Haushalte ein weit höheres Vermögen aufweisen.

Das Bild von der Vermögens- und Einkommensspreizung lässt sich abrunden durch entsprechende SOEP-Ergebnisse zu Vermögensbildung bzw. Sparen aus laufendem Einkommen sowie Vermögenserträgen bzw. Zinsen aus bestehendem Vermögen: Die Spitzenverdiener-Haushalte erzielen pro Monat Zinseinkommen aus verschiedenen Quellen von zusammen 1.748 Euro im Mittel (Median 292 Euro), die unteren Verdiener-Haushalte 99 Euro im Durchschnitt (Median 33 Euro).<sup>9</sup> Rechnerisch können diese Zinseinnahmen schon einen mehr oder weniger großen Teil der laufenden Ersparnis alimentieren: Die Spitzenverdiener-Haushalte mit einem Netto-Monatseinkommen von 5.113 Euro

<sup>9</sup> Die Zinseinkommen wurden vom SOEP für das zum Befragungszeitpunkt zurückliegende Jahr 2001 erfragt und vom Autor für diesen Text gezwölftelt.

und mehr können monatlich im Mittel 1.850 Euro zurücklegen (Median 1.000 Euro), die unteren Verdiener-Haushalte im Durchschnitt 168 Euro (Median 100 Euro). Erbschaften spielen übrigens laut SOEP beim Vermögensaufbau nicht die häufige Rolle, die ihnen in der Öffentlichkeit zugeschrieben wird: In 2002 waren von den unteren Verdiener-Haushalten 2 % von Erbschaften begünstigt, von den Spitzenverdiener-Haushalten 6 % – erstere auch mit deutlich niedrigeren Beträgen als letztere – womit sich die ungleiche Vermögensverteilung über Vererbung perpetuiert. Aber der Zusammenhang zwischen jahrelanger oder jahrzehntelanger (hoher) Ersparnis aus (hohen) laufenden Einkommen zum Aufbau (großer) Vermögensbestände ist immer noch der die Vermögensverteilung dominierende Prozess.

### 3

## Öffentliche Umverteilungspolitik

Um die Einkommens- und Vermögensverteilung noch transparenter zu machen, wäre nicht nur die Differenzierung der Einkommensklassen wünschenswert, sondern auch die der verschiedenen Stufen der Umverteilung vom Ausgangspunkt der Bruttoebene – und nicht nur wie im DIW-Papier die letzte bzw. Nettoebene. Wie weit das SOEP einschließlich der Sonderstichprobe G diese Wünsche erfüllen kann, muss sich noch zeigen. Dasselbe gilt für ein anderes Projekt, das genau in diese Richtung zielt: Der so genannte Reichtumsbericht des Landes NRW. Er geht auf einen Landtagsbeschluss vom 14. 11. 2001 zurück und wird zur Zeit im Auftrag des NRW-Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie umgesetzt. Ein entsprechender wissenschaftlicher Bericht des NRW-Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) sowie des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie (INIFES) soll bis Ende 2004 vorliegen. Er wird empirisch u.a. auf die Einkommenssteuerstatistik 1998 und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 zurückgreifen, die zwar notgedrungen einen time-lag bis zum aktuellen Rand aufweisen, aber wegen ihrer großen Fallzahlen und zahlreichen Merkmale einige der erhofften Einblicke versprechen. Dazu gehören insbesondere zwei Aspekte, die z.B.

**Tabelle 8: Verteilung von monatlichen Haushalts-Nettoeinkommen 2002 in Deutschland – Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP)<sup>1)</sup> –**

Haushalts-Nettoeinkommen im Monat in Euro	Private Haushalte			Personen <sup>2)</sup> in privaten Haushalten		
	in % <sup>3)</sup>	in % <sup>4)</sup>	in 1000	in % <sup>3)</sup>	in % <sup>4)</sup>	in 1000
unter 3.835	92,7	–	34.954,0	90,7	–	58.500,0
3.835 bis 4.090 <sup>1)</sup>	1,6	21,9	603,1	2,0	21,9	1.312,6
4.090 bis 5.113	3,0	41,5	1.143,5	3,8	40,5	2.422,3
5.113 bis 6.136	1,2	16,8	462,3	1,6	17,4	1.038,8
6.136 bis 7.669	0,7	9,8	269,0	1,0	10,5	626,3
7.669 bis 10.226	0,3	4,7	130,2	0,4	4,8	286,9
10.226 bis 17.895	0,2	3,2	87,0	0,3	2,9	172,0
17.895 und mehr	0,2	2,3	62,0	0,2	2,1	124,0
Insgesamt	100,0	100,0	37.711	100,0	100,0	64.483
davon „Einkommensstarke Haushalte“ ab 3.835	7,3	–	2.757	9,3	–	5.983

1) Einschließlich der 2002 erstmals durchgeführten Teilstichprobe G: „Einkommensstarke Haushalte“. – 2) Personen ab 16 Jahre. – 3) In % aller Haushalte bzw. darin lebender Personen ab 16 Jahre. – 4) In % nur der „Hocheinkommensbezieher“ ab 3.835 Euro/7.500 DM pro Monat unter den Haushalten bzw. Personen. –  
Quelle: SOEP, vorläufige Gewichtung. – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

der erste nationale Armuts- und Reichtumsbericht auf Bundesebene nicht berücksichtigt: die schon erwähnten Umverteilungsprozesse innerhalb der privaten Einkommen durch öffentliche Aktivitäten; und Zusammenhänge zwischen privater und öffentlicher Verteilung.<sup>10</sup>

Ein vergleichbarer vorliegender Bericht (Guger u.a. 1996) hat für Österreich ergeben, dass die öffentliche Einnahmeseite trotz des Anspruchs einer progressiven Einkommensbesteuerung faktisch kaum zur Umverteilung beiträgt. Diese kommt erst – und zwar im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und nicht etwa in allen Politikfeldern – durch die Transfers auf der Ausgabenseite zum Tragen.<sup>11</sup> Für Deutschland wird also zu prüfen sein, ob die öffentlichen Einnahmen die marktbedingte Ungleichheit überhaupt verändern können. Indizien für eine schwache oder gar fehlende Korrekturwirkung des deutschen Systems fiskalischer Einnahmen liegen schon länger vor, die sich insbesondere durch empirisch gestützte Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Progressionswirkung und an der Verbreitung von Steuerhinterziehung festmachen.

So hat z.B. der Landesrechnungshof Baden-Württemberg (1997) mittels rund 1.000 ausgewerteter individueller Steuerakten von Hochverdienern festgestellt, dass allein legale Steuervermeidung die Progression tendenziell außer Kraft setzen kann. Eine Auswertung der EVS 1993, von Irene Becker/Universität Frankfurt a.M. (in Schäfer 1998) hat ergeben, dass Selbständigen-Haushalte bei absolut gleich hohen Brutto- bzw. Markteinkommen

effektiv weniger direkte Steuern zahlen als andere Erwerbstätigen-Haushalte. Dieses Missverhältnis wird auch auf Basis der EVS 1998 bestätigt durch eine neuere Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen im Auftrag des Bundesfinanzministeriums. Danach weisen Selbständigen sowie Beamten- und Angestellten-Haushalte im Durchschnitt ein absolut vergleichbares Brutto-Einkommensniveau auf; erstere werden jedoch durch Einkommensteuer nur mit einer Quote von 10,6 % belastet, letztere dagegen mit 14,3 bzw. 14,9 % (Fritsche u.a. 2003, S.54). Oder die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den Brutto- und Netto-Haushaltseinkommen der sozio-ökonomischen Gruppen, die im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht für 1991–2009 vorgestellt wurden, haben für die Selbständigen-Haushalte im Durchschnitt eine ähnliche Privilegierung unter den Erwerbstätigenhaushalten durch den gesamten öffentlichen Umverteilungsprozess angezeigt (Schäfer 2002, S. 636, Tab. 8)

Aktuell belegt eine Studie (Corneo 2003), dass die Rot-Grünen Reformen zur

<sup>10</sup> Zur Diskussion und möglichen Konzeption eines solchen Reichtumsberichts siehe die Dokumentation eines Workshops des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW (2002).

<sup>11</sup> Für den Hinweis auf die Österreich-Studie von Guger u.a. (1996) ist der Autor Tatjana Fuchs vom Forschungsinstitut INIFES zu Dank verpflichtet.

**Tabelle 9: Verteilungswirkungen der Rot-Grünen Einkommensteuer-Reformen 1998–2004<sup>1)</sup>**

Zu ver- steuerndes Einkommen	Netto-Einkommen nach Steuern 1998		Netto-Einkommen nach Steuern 2004		Entlastungswirkung/ Einkommenserhöhung nominal <sup>2)</sup> real <sup>3)</sup>	
	Durchschnittl. Steuersatz in %	Netto- Einkommen	Durchschnittl. Steuersatz in %	Netto- Einkommen	in %	in %
10.000	9,8	9.020	4,0	9.600	6,38	4,94
20.000	19,4	16.120	14,3	17.140	6,31	5,27
30.000	23,8	22.860	19,4	24.180	5,77	4,77
40.000	27,2	29.120	23,1	30.760	5,60	4,34
50.000	30,4	34.800	26,2	36.900	6,05	4,44
60.000	33,6	39.840	28,8	42.720	7,15	5,15
70.000	36,3	44.590	30,7	48.510	8,77	6,78
80.000	38,4	49.280	32,1	54.320	10,19	8,36
90.000	40,1	53.910	33,2	60.120	11,43	9,65
100.000	41,3	58.700	34,1	65.900	12,28	10,72
200.000	47,2	105.600	38,0	124.000	17,34	16,41
300.000	49,1	152.700	39,4	181.800	19,06	18,43
400.000	50,1	199.600	40,0	240.000	20,17	19,69
500.000	50,7	246.500	40,4	298.000	20,82	20,40
600.000	51,1	293.400	40,7	355.800	21,17	20,82
700.000	51,3	340.900	40,9	413.700	21,43	21,13
800.000	51,5	388.000	41,0	472.000	21,75	21,50
900.000	51,7	434.700	41,1	530.100	21,95	21,72
1.000.000	51,8	482.000	41,2	588.000	22,07	21,87

1) Einschließlich der sog. 3. Reformstufe, die nach Absicht von Rot-Grün von 2005 auf 2004 vorgezogen werden soll. – 2) Erhöhung des Netto-Einkommens 2004 in Prozent des Netto-Einkommens von 1998, die auf die reformbedingte Senkung des Steuersatzes im Zeitpunktvergleich zurückgeht. – 3) Wie in Fußnote 2, aber vermindert um die steuerliche Belastung, die aufgrund von Preissteigerungen bzw. Einkommenssteigerungen und der damit verbundenen steuerlichen Progressionswirkung im untersuchten Zeitraum unvermeidlich ist („kalte Progression“). Hier wird eine Einkommenssteigerung im Ausmaß des Verbraucherpreisanstiegs von August 1998 bis August 2003 unterstellt (7,16%).

Quelle: Corneo (2003)

WSI Hans Böckler  
Stiftung

Einkommensteuer 1998 bis 2005 (bzw. 2004, wenn die letzte Stufe vorgezogen wird) die oberen Einkommen entgegen dem regierungsamtlich vermittelten Eindruck massiv begünstigen und damit quasi öffentliche Vermögensbildung durch Steuerentlastung zugunsten von Beziehern hoher Einkommen bzw. Eigentümern großer Vermögen leisten. Die Bundesregierung pflegt die Wirkungen der Steuerreform durch die prozentuale Verminderung der individuellen Steuerschuld unterschiedlicher Einkommensgruppen darzustellen, die scheinbar eine relativ gleichmäßige – gerechte – Entlastung quer durch alle Einkommensregionen belegen. Corneo dagegen macht darauf aufmerksam, dass letztlich nur der Vergleich absoluter Entlastungen bzw. Steuererminderungen in Relation zum letzten Nettoeinkommen vor Beginn der Reformmaßnahmen zählt, weil davon der Zuwachs an verfügbarem Einkommen bzw. von individuellem Wohlstand abhängt. Nach Tabelle 9 nimmt die Entlastung ab Einkommen von 60.000 Euro im Jahr absolut und relativ zu. Zum Beispiel gewinnt ein Einkommensmillionär einen Einkommenszuwachs nach Realisierung der letzten Steuerreformstufe von 106.000 Euro, dagegen erhält ein Durchschnittsverdiener mit einem zu ver-

steuernden Jahreseinkommen von 30.000 Euro ein Netto-Mehr von nur 1.320 Euro pro Jahr.<sup>12</sup> Mit anderen Worten: Ersterer verbessert sein Netto-Einkommen nominal um 22,07 %, Letzterer um lediglich 5,77 %. Der Unterschied im Wohlfahrts-effekt beider Verdienere wird noch deutlicher, wenn die Entlastung des Einkommensmillionärs in Relation zur Entlastung von Otto-Normalverbraucher ausgedrückt wird: Erstere beträgt das 80,3fache der Letzteren. Rechnet man den Effekt der kalten Progression heraus, – also die Steuerbelastung, die aufgrund von Preis- und Einkommenssteigerungen ohnehin progressionsbedingt anfallen würde –, fällt der Entlastungsunterschied zwischen den beiden Einkommensbeispielen noch größer aus (gemäß der letzten Spalte von Tabelle 9).

Es muss betont werden, dass der Entlastungseffekt nicht einmalig ist: Vor Beendigung der dritten Reformstufe sind diese ungleichen Entlastungen auf niedrigerem Niveau bereits eingetreten; und nach der dritten Stufe werden sie im dargestellten Niveau jedes Jahr auftreten. Innerhalb von fünf Jahren wird dadurch ein Euro-Einkommensmillionär einen Einkommens- oder Vermögenszuwachs von einer halben Million Euro oder einer Million DM erzie-

len. Die in die Rot-Grüne Steuerreform eingebauten Verbreiterungen der steuerlichen Bemessungsgrundlage werden übrigens die geschilderten ungleichen Entlastungswirkungen laut Corneo nur unmaßgeblich kompensieren – zumal andere getroffene Maßnahmen in der Einkommenssteuersphäre gerade den oberen Einkommensbereich wieder entlasten.<sup>13</sup>

Die von Corneo (2003) angeführten Argumente werden übrigens von jüngsten Simulationsrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Horn u.a. 2003, S. 457) über die Verteilungswirkungen allein der dritten Reformstufe unterstützt: Entlastet werden vor allem die Steuerpflichtigen mit höheren Einkommen: Auf die Steuerpflichtigen mit Einkünften bis 50.000 Euro – das sind 81 % der Steuerpflichtigen – entfallen lediglich 32 % des Entlastungsvolumens; auch in Relation zum verfügbaren Einkommen (nach Steuern und Sozialabgaben) steigt die Entlastungswirkung mit zunehmendem Einkommen. Die Massierung der Entlastungen im oberen Einkommensbereich entsteht durch die Progression des Steuertarifs und die deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes von 47 % auf 42 %. Dagegen machen sich die Anhebung des Grundfreibetrags um 238 Euro und die Senkung der Eingangssteuersätze im unteren und mittleren Einkommensbereich nur geringfügig bemerkbar.

Nun haben die Rot-Grüne Bundesregierung und viele andere Stimmen diese Entlastungspolitik nicht nur in Kauf genommen, sondern wegen vermeintlich zu erwartender positiver Wachstums- und Beschäftigungseffekte so begründet und konzipiert. Und vor ihr haben es Schwarz-Gelbe Bundesregierungen und davor schon Rot-Gelbe Regierungen mit zahlreicher öffentlicher Unterstützung während vieler

<sup>12</sup> Nach Horn u.a. (2003, S. 457) beträgt z.Zt. das steuerpflichtige Durchschnittseinkommen von Ledigen 24.000 Euro, von Verheirateten 48.000 Euro und das aller Steuerpflichtigen 37.000 Euro.

<sup>13</sup> Zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage mit belastender Wirkung zählt Corneo u.a. die Halbierung des Sparerfreibetrags, die Verlängerung der Spekulationsfristen, die Vereinheitlichung der Entfernungskostenpauschale, die Senkung des Freibetrags für Land- und Forstwirte, die Senkung der degressiven Abschreibungen. Entlastend wirkt gerade bei oberen Einkommen u.a. das Halbeinkünfteverfahren für Aktiendividende.

Jahre vergleichbar gehalten. Es hat deswegen in Deutschland eine langfristige Veränderung im Niveau und vor allem eine Verschiebung in der Struktur der Lastenverteilung von Steuern und Abgaben auf unterschiedliche ökonomische Aktivitäten bzw. soziale Gruppen gegeben, auf die in diesem Bericht schon mehrfach hingewiesen wurde. Eine neuere Veröffentlichung der Europäischen Kommission (2002) erlaubt dazu einige Informationen auch im internationalen Vergleich (*Tabellen 10 und 11*).

Schon 1995 war Deutschland im EU-Vergleich kein Hochsteuerland. Die Gesamtabgabenquote aus Steuern und Sozialabgaben lag Mitte der 90er Jahre minimal über dem EU-Durchschnitt und stellt sich heute kaum verändert dar (*Tabelle 10*). Ohne die deutsche Vereinigung und deren Folgekosten läge sie zweifellos deutlich unter dem EU-Durchschnitt – was in der öffentlichen Debatte immer wieder verdrängt wird. Aber Deutschland weist in jedem Fall auch damals wie heute eine überdurchschnittlich schlechte Abgabenstruktur auf. Mit einem Anteil der direkten Steuern am gesamten Abgabenaufkommen (*Tabelle 10*) von 27,2 % in 1995 bzw. 27,3 % in 2001 liegt die Bundesrepublik deutlich unter dem EU-Durchschnitt (33,2 % bzw. 34,9 %) – und zwar auf dem untersten Platz der EU-Rangskala; der Anteil der Sozialabgaben dagegen befindet sich mit 43,0 % bzw. 42,5 % weit über dem EU-Mittel (34,4 % bzw. 31,4 %); *Tabelle 11* unterstreicht die damit verbundene ungleiche Lastenverteilung. Zwar liegen die Belastungen von abhängiger Arbeit und privatem Konsum, die weitestgehend gleichzusetzen sind mit der Belastung bei Entstehung und Verwendung privater Lohneinkommen, etwa im EU-Durchschnitt – auch die Belastung der Arbeit, wenn mehrere wieder vereinigungsbedingte Prozentpunkte bei den Sozialabgaben gedanklich gestrichen werden. Aber die Belastung des Kapitaleinsatzes bzw. die Besteuerung von Gewinnen und Vermögen weicht mit einer Quote von 21,1 % in 1995 und 22,6 % in 2001 weit vom EU-Durchschnitt mit 24,5 % bzw. 29,8 % nach unten ab.<sup>14</sup> Nur Griechenland (EL) verzeichnet u.a. wegen der dort besonders grassierenden Steuerhinterziehung eine noch niedrigere Belastungsquote.

Im Langfristvergleich von 1960 bis 2002 – der allerdings nur auf nationaler Ebene möglich ist und deshalb teilweise einer anderen Abgrenzung der Steuerarten als bei der EU-Kommission folgt – machen

**Tabelle 10: Gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenbelastung in der EU (Abgabenquoten in %)**

	Steuern und Sozialabgaben insgesamt		Indirekte Steuern		Direkte Steuern		Sozialabgaben	
	in % des BIP		in % der Steuern und Abgaben insgesamt					
	1995	2001 <sup>1)</sup>	1995	2001	1995	2001	1995	2001
B	45,1	46,0	29,5	29,6	37,8	39,2	32,7	31,2
DK	49,3	49,8	34,8	35,1	62,1	60,4	3,1	4,4
D	41,3	41,2	29,8	30,3	27,2	27,3	43,0	42,5
EL	32,6	36,8	44,1	40,8	23,8	28,3	32,1	30,9
E	33,4	35,6	32,6	33,8	31,3	30,5	36,0	35,7
F	44,0	45,4	36,8	34,7	20,5	29,1	42,6	36,3
IRL	33,4	31,2	43,9	43,6	41,1	41,9	15,0	14,5
I	41,2	42,6	30,9	35,3	37,4	35,7	31,6	29,0
L	42,4	41,8	31,9	34,1	41,6	38,2	26,5	27,7
NL	40,6	40,0	29,3	33,7	31,2	30,6	39,5	35,6
A	42,4	45,6	35,8	33,8	28,4	33,4	35,8	32,8
P	33,6	35,9	43,5	41,4	26,6	27,8	30,0	30,9
FIN	46,2	46,0	30,5	29,9	38,0	43,0	31,5	27,1
S	49,1	54,1	33,3	31,3	40,0	41,2	26,7	27,5
UK	35,4	37,5	39,9	37,8	42,6	45,2	17,4	17,1
<b>EU15</b>	<b>40,8</b>	<b>41,1</b>	<b>32,4</b>	<b>33,7</b>	<b>33,2</b>	<b>34,9</b>	<b>34,4</b>	<b>31,4</b>
US <sup>2)</sup>	27,6	29,6 <sup>3)</sup>	-	-	-	-	-	-
JP <sup>2)</sup>	27,7	27,1 <sup>3)</sup>	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufig. – 2) Angaben der OECD. – 3) Angaben für 2000; Angaben zur Abgabenstruktur sind nicht verfügbar.  
Quelle: Eurostat

WSI Hans Böckler Stiftung

sich ständige Steuerlastverschiebungen in Deutschland geradezu dramatisch aus: Danach haben Steuern im Wesentlichen aus der Entstehung und Verwendung von Lohneinkommen, d.h. Lohnsteuer sowie Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und andere wichtige Verbrauchsteuern, im Jahre 1960 rund 37,5 % zum gesamten öffentlichen Steueraufkommen beigetragen, in 2002 dagegen schon 79,2 %. Diametral anders verlief die Entwicklung bei den Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Dividenden-Ertrag, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlagsteuer): Ihr Anteil sank kontinuierlich von 34,7 % in 1960 auf nur noch 12,2 % in 2002.<sup>15</sup>

Nur scheinbar stehen solche Zahlen im Widerspruch zu anderen, die insbesondere von Rot-Grün zur Verteidigung ihrer Steuerpolitik angeführt werden: Danach tragen heute die 10 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen 52,5 % des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens (1998: 51,2 %).<sup>16</sup> Das Bundesministerium für Finanzen hat diese Angabe durch Hochrechnung der zuletzt für 1998 verfügbaren Einkommensteuerstatistik ermittelt. Doch abgesehen von damit verbundenen Hochrechnungsproblemen gibt es zwei gravierende Gegenargumente: Erstens kann auch, wie schon oben erwähnt, die Einkommensteuerstatistik die

Einkommens-Reichen nicht vollständig abbilden, deren Zahl oberhalb eines Netto-Monatseinkommens von rund 18.000 Euro laut Einkommensteuerstatistik 1998 auf 37.000 Steuerpflichtige veranschlagt wird, laut Mikrozensus 2002 aber mit 170.000 Haushalten zu beziffern ist. Und schließlich ist das deklarierte Einkommen, wie es in der Steuerstatistik zugrunde liegt, nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit dem tatsächlichen Einkommen von Spitzenverdienern. M.a.W. muss die Steuerstatistik offen lassen, ob die Einkommensreichen im Sinn des Besteuerungsprinzips nach der Leistungsfähigkeit überhaupt *genug* Steuern zahlen.

14 Die Belastung von Kapital dürfte übrigens im Jahr 2002 für Deutschland nach Maßgabe nationaler Datenquellen wieder deutlich niedriger liegen.

15 Siehe dazu Tabelle 2 bei Schäfer (2003b) sowie „Der Spiegel“ 39/2003, S. 98-101, „Lastesel der Nation“, in dem diese Tabelle als Grafik abgedruckt war.

16 Siehe z.B. die entsprechende öffentliche Auseinandersetzung zwischen SPD-Fraktionsvize Joachim Poß und ver.di-Vorsitzendem Frank Bsirske in: Frankfurter Rundschau vom 25. 10. 2003 „SPD und ver.di im Clinch“.

**Tabelle 11: Abgaben- und Steuerbelastung einzelner ökonomischer Aktivitäten<sup>1)</sup> in der EU**

	Impliziter Steuersatz auf privaten Konsum		Impliziter Steuersatz auf Arbeit		Impliziter Steuersatz auf privates Kapital	
	1995	2001	1995	2001	1995	2001
B	21,2	21,5	44,2	43,8	23,8	28,7
DK	31,3	33,0	40,8	41,5	26,3	30,2
D	19,6	19,1	39,5	39,9	21,1	22,6
EL	18,4	21,2	34,4	36,5	10,8	15,5
E	14,3	16,0	28,9	29,4	20,8	28,2
F	22,9	21,9	43,2	43,3	30,8	39,1
IRL	25,3	26,6	29,7	27,3	21,8	29,2
I	17,2	16,7	37,8	41,6	26,3	28,3
L	29,8	30,3	29,8	30,3	30,6	36,8
NL	22,9	25,3	35,1	31,7	24,8	31,8
A	20,5	21,6	39,0	40,2	24,4	31,3
P	19,3	19,6	31,1	34,1	20,7	30,7 <sup>2)</sup>
FIN	27,7	28,0	44,7	44,2	27,6	27,1
S	28,8	28,0	48,6	49,1	16,9	34,5 <sup>3)</sup>
UK	21,8	21,0	26,1	25,8	27,5	35,1
EU15	20,6	20,4	37,5	37,0	24,5	29,8

1) Die durchschnittliche Steuerbelastung bzw. der implizite Steuersatz wird ermittelt, indem die Einkommens- oder Ausgabenströme einer wirtschaftlichen Tätigkeit – hier abhängige Arbeit, Konsumieren und Kapitaleinsatz – in Relation zur Summe der zurechenbaren Steuern gesetzt werden. Die Steuerbelastung der Arbeit umfasst auch die Sozialabgaben. – 2) Angaben für 1999. – 3) Angaben für 2000.

Quelle: Eurostat

WSI Hans Böckler Stiftung

## 4 Mythen contra Fakten

Die genannten Daten belegen zumindest für die gesamtwirtschaftliche Ebene, dass die öffentliche Steuerpolitik in der Vergangenheit bereits erheblich zur Ungleichheit der Verteilung bei den privaten Einkommen und entsprechend bei den privaten Vermögen beigetragen hat. Gleichzeitig hat der Staat durch seine Vermögensbildung in Reichen-Hand die öffentlichen Kassen entreichert und deren Handlungs- und Nachfragespielraum verkürzt; in diesem Zusammenhang gehen privater Reichtum und öffentliche Armut Hand in Hand. Dieser Prozess hat sich insbesondere seit den 80er Jahren und dann weiter nach der deutschen Vereinigung beschleunigt. Und sein Ergebnis sind nicht abnehmende Probleme bei Arbeitsmarkt und Wachstum, sondern das Gegenteil. Trotzdem schickt sich die aktuelle Bundesregierung an, dieses kontraproduktive Verteilungsexperiment u.a. über ihre Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik in noch größerem Maßstab zu wiederholen – und die Opposition signalisiert, dass ihr die Regierungspläne immer noch nicht weit genug gehen. Doch diese neoliberale Einheitspolitik wird wieder nicht den erhofften ökonomischen Ertrag bringen, sondern nur neue Wachstumsschwächen und Gerechtigkeitslücken erzeugen. Denn selbst wenn die letzte Stufe

der Rot-Grünen Steuerreform vorgezogen und überwiegend durch neue Verschuldung finanziert werden sollte: Der gesamte Entlastungseffekt würde überkompensiert durch Ausgabenkürzungen als Reaktion auf schon vorhandene konjunkturbedingte Steuerausfälle; die Schiefelage in der Steuerlastverteilung mit ihren negativen ökonomischen Folgen würde verstärkt; speziell den relativ geringen Entlastungen der Steuerreform bei unteren Einkommensgruppen stünden auch Belastungen durch Subventionsabbau, Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, Senkung der Arbeitslosenhilfe u.a.m. gegenüber.

Die Lernunfähigkeit der Politik trotz der Vergangenheitserfahrung hat viel zu tun mit den Mythen, die sie zur Rechtfertigung ihres Handelns teilweise selbst genährt hat: Die „furchtbare“ gegenwärtige Globalisierung erzwingt für die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit das Abspecken des zu teuren Sozialstaats; und die „schreckliche“ nationale Demographie als zusätzliche Bedrohung in der Zukunft verlange soziale Einschnitte erst recht. Die ökonomischen Fakten wie die vorhandenen Handlungsmöglichkeiten dagegen widersprechen solchen Einschätzungen schon lange:

Deutschland ist seit vielen Jahren pro Kopf der Bevölkerung Exportweltmeister – trotz oder besser: wegen seines „teuren“ Sozialstaats, denn der garantiert die nötige hohe Produktivität. Der deutsche Sozialstaat steckt selbst nach der deutschen Ver-

einigung und ihren Folgekosten nicht in einer Ausgabenkrise; Staatsausgabenquote und insbesondere Sozialleistungsquoten sind seit langem relativ konstant (ausführlich Sitte 2003). Er befindet sich vielmehr in einer selbst verschuldeten Einnahmekrise, weil er die Einnahmehasis Beschäftigung durch falsche Verteilungspolitik schwächt und andere Einnahmemöglichkeiten aufgrund ebenso falscher verteilungspolitischer Annahmen nicht ausschöpft. Keine internationale Wettbewerbssituation hat den deutschen Fiskus gezwungen, die Steuereinnahmen aus Gewinn und Vermögen auf das niedrigste relative Niveau in der EU zu führen und etwa in diesem Rahmen auf die bei ausländischen Wettbewerbern selbstverständliche Vermögensbesteuerung zu verzichten. Keine fremde Macht hindert den deutschen Fiskus, den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs (2003) zur wirk-samen Bekämpfung der Hinterziehung von zweistelligen Milliarden-Beträgen bei der Umsatzsteuer endlich zu folgen – oder anderen Vorschlägen zur Beseitigung der ebenso massiven Steuerhinterziehung bei Zinseinkommen.

Selbst die demographische Entwicklung muss als Bedrohung relativiert werden bzw. kann als Herausforderung bewältigt werden,<sup>17</sup> vor allem wenn es in den nächsten Jahren vor 2010 gelänge, durch eine erheblich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gleichzeitig die niedrige nationale Frauenerwerbsquote zu erhöhen und die Geburtenhäufigkeit zu steigern. Es würden damit mittelfristig erwerbstätige Mütter als Beitrags- und Steuerzahlerinnen ebenso gewonnen wie langfristig deren Kinder mit demselben positiven Finanzierungseffekt. Aber um dies zu ermöglichen, müsste heute schon viel Geld ausgegeben werden für Kinderkrippen und Ganztags-schulen, für höheres Kindergeld, für deutlich größere Lohnersatzleistungen während der Erziehungspausen von Müttern und Vätern vom Arbeitsmarkt, für ein Erwachsenenbildungssystem zur Reintegration rückkehrender Eltern auf den Arbeitsmarkt.

Dieses Geld ist aber nur zu haben, wenn man gegenwärtig eine andere Verteilungspolitik als die bisherige betreibt und damit erst den künftigen Herausforderungen

<sup>17</sup> Zu den Mythen der demographischen Gefahren siehe z.B. ver.di (2003).

wirksam begegnet. Dasselbe gilt für andere Gelder, die heute notwendigerweise verfügbar gemacht werden müssten, damit morgen die Lebenswelt der nächsten Generationen mit besserer Umwelt und Infrastruktur sowie mehr Beschäftigung ausgestattet ist – statt mit sozialer, ökonomischer und ökologischer Ödnis. Selbst wenn dafür neben zusätzlichen Steuereinnahmen aus den richtigen Quellen auch mehr Staatsschulden erforderlich wären: Die Wachstums-, Umwelt- und Infrastruktureffekte einer anderen Verteilungspolitik würden die damit verbundenen Zinslasten in jedem Fall erträglich und akzeptabel machen.

Der bisherigen Verteilungspolitik müssen deshalb immer wieder die Fakten und die Stimmen entgegen gehalten werden, die für eine andere, gerechtere wie effizientere Verteilungspolitik sprechen.<sup>18</sup> Eine eher überraschende Stimme soll hier zitiert werden, nämlich die von *Bill Gates sen.*, Vater des reichsten Mannes der Welt und selbst erfolgreicher und vermögender US-Rechtsanwalt, der sich kürzlich dezidiert zur Steuerpflicht von Reichtum, zur Steuermoral und zu Niedriglöhnen ge-

äußert hat:<sup>19</sup> „Steuern zu zahlen ist keine Strafe. Man muss einmal klar sehen: Die Erfolgreichen eines Landes sind auch deshalb so erfolgreich und vermögend geworden, weil ihnen der Staat die Rahmenbedingungen dafür geschaffen hat. ... So etwas wie das Internet gäbe es nicht ohne die Regierung. Und wir alle wissen, was für Vermögen damit gemacht worden sind. ... Es ist also keine Strafe, Steuern zu zahlen. Es ist mehr so, als würde man eine Rechnung bezahlen. ... Ich glaube immer noch an Privatbesitz, an Marktwirtschaft, an die Möglichkeit des Scheiterns. Aber ich glaube auch fest daran, dass wir eine Verantwortung gegenüber dem Staat haben. Und die Reichen mehr als die Schwachen. ... Nein, nein, nein. Das (Steuerflucht von Michael Schumacher u.a.) ist nicht okay. Mehr noch. Das ist beunruhigend. ... Bei diesen Menschen muss man doch mal fragen: Warum hatten die soviel Glück? Das hängt davon ab, wo sie geboren wurden und zu welcher Zeit. Es sind ja Deutsche, deren Erfolg auch vom Deutschsein abhängt, von dem, was Generationen motivierter Deutscher weitergegeben haben. Und dann weg-

zugehen und der Regierung die Steuern vorzuenthalten, die eigentlich bezahlt werden müssten, ist unmoralisch. ... Die niedrigen Löhne sind ein Skandal. Und ich glaube wirklich, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, das abzuschaffen. Es ist komplett aus dem Ruder gelaufen. Vor zwanzig Jahren war das Verhältnis des Höchst- zum Niedrigstverdienenden (in den USA) in einer Firma 45:1. Heute liegt es bei 500:1. Aber ich sage Ihnen etwas. Auch dazu dient die Steuer. Der Staat hat damit die Möglichkeit, das Einkommensgefälle zwischen Armen und Reichen anzupassen.“

<sup>18</sup> Zu weiteren verteilungspolitischen Fakten siehe auch DGB (2003).

<sup>19</sup> Aus einem Interview von *Bill Gates sen.* (2003). Zu weiteren Aussagen über das komplementäre Verhältnis einer gerechten Verteilung und einer effizienten Ökonomie siehe aus wissenschaftlicher Sicht zum Beispiel den US-Ökonomen *Krugman* (2003) oder die US-Autoren *Bluestone/Harrison* (2002), aus gesellschaftspolitischer Sicht den deutschen Bundesverfassungsrichter *Broß* (2003).

# LITERATUR

---

- Bispinck, R./Kirsch, J./Schäfer, C.** (2003): Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen und Tarifsysteem. Projektbericht für das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Bluestone, B./Harrison, B.** (2002): Geteilter Wohlstand. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main
- Broß, S.** (2003): Wer stark ist, muss nicht ständig seine Ellbogen einsetzen. Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 06.10.2003
- Bundesrechnungshof** (2003): Bericht nach Paragraph 99 Bundeshaushaltsordnung: Steuerausfälle bei der Umsatzsteuer durch Steuerbetrug und Steuervermeidung – Vorschläge an den Gesetzgeber, Bonn
- Burgess, P./Usher, A.** (2003): Allgemeinverbindlichkeit und Mindestlohnregelungen in Mitgliedsstaaten der EU – ein Überblick. Gutachten im Auftrag des WSI, London
- Corneo, G.** (2003): Verteilungsarithmetik der deutschen Einkommensteuerreform. Diskussionsbeitrag 2003/14 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Osnabrück, Osnabrück
- Deutsche Bundesbank** (2003): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2002, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 6/2003, S. 29–49
- Deutscher Gewerkschaftsbund** (2003): DGB-Verteilungsbericht 2003, in: DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 4
- Europäische Kommission** (2002): Structures of the Taxation Systems in the European Union: 1995 – 2001 – Final report, Brüssel doc.TAXOD/2923/2002-EN)
- Fritzche, B./Kambeck, R./von Loeffelholz, H.D. u.a.** (2003): Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems. Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung 42, Essen
- Gates sen., B.** (2003): Steuern zahlen ist doch keine Strafe. Interview mit der Welt am Sonntag vom 02.11.2003
- Guger, A. u. a.** (1996): Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Wien
- Horn, G. A. u.a.** (2003): Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004, in: DIW-Wochenbericht 27–28/2003, S. 421–464
- Krugman, P.** (2003): The Great Unraveling. Losing our Way in the New Century, New York/London
- Landesrechnungshof Baden-Württemberg** (1997): Denkschrift 1997, Stuttgart
- Merz, J.** (2003): Was fehlt in der EVS? In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 223 (1), S. 58–90
- Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen** (2002): Dokumentation des Workshops „Reichtumsberichterstattung NRW“ vom 18. 04. 2002, Düsseldorf
- Peter, G./Kempen, O.E./Zachert, U.** (2003): Rechtliche und rechtspolitische Aspekte der Sicherung von tariflichen Mindeststandards. Rechtsgutachten im Auftrag des WSI, Hamburg
- Schäfer, C.** (1998): Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland, Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Schäfer, C.** (2002): Ohne gerechte Verteilung kein befriedigendes Wachstum, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 627–641
- Schäfer, C.** (2003a): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland – Zusammenfassung empirischer Ergebnisse eines WSI-Gutachtens von Bispinck/Kirsch/Schäfer für das NRW-Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 7/2003, S. 420–428
- Schäfer, C.** (2003b): Von einer falschen Einkommensverteilung zur richtigen Zukunftssicherung. Vortrag auf einem Kongress der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 21. 02. in Berlin (als pdf-Datei verfügbar unter [www.dl21.de/Wirtschaft und Finanzen](http://www.dl21.de/Wirtschaft%20und%20Finanzen) vom 14. 4. 2003)
- Schupp, J. u.a.** (2003): Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte, Endbericht des Forschungsauftrags für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin
- Sitte, R.** (2003): Soziale Sicherung unter Rot-Grün – zur Entwicklung von Sozialpolitik und Sozialbudget seit 1998, WSI-Diskussionspapier Nr. 110, Düsseldorf
- ver.di** (2003): Mythos Demografie, Berlin